

Doch keine Steuer für Tagesmütter

Bund und Länder einigen sich wegen des geplanten Krippenausbaus auf ein Moratorium

Von Vera Gaserow

BERLIN. Die umstrittene Einkommensteuer für Tagesmütter ist vorerst vom Tisch. Um den Ausbau der Kinderbetreuung nicht zu gefährden, plädierten die Länderfinanzminister am Donnerstag einmütig für einen Aufschub der zum 1. Januar geplanten Steuerpflicht. Bis Mitte 2008 soll nun eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Vorschläge für eine Besteuerung der derzeit 30 000 aus öffentlichen Kassen bezahlten Tagesmütter (und wenigen Tagesväter) machen.

Auf Drängen der Länder hatte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) im Mai eine Regelung erlassen, nach der künftig

nicht nur die von Eltern bezahlten Tagesmütter ihr Honorar versteuern müssen, sondern auch die, die über die Jugendämter finanziert werden. Die Pläne hatten Tagesmütter, Eltern und Familienpolitiker hochgradig alarmiert. Sie warnten, die Besteuerung würde dem geplanten Ausbau der Kinderbetreuung, der zu einem guten Drittel durch Tagesmütter- und -väter erfolgen soll, einen Rückschlag versetzen.

Denn die aus öffentlichen Kassen bezahlten Tagesmütter können mit dem derzeitigen Stundenlohn nur knapp von ihrer Arbeit leben. Pro Kind bekommen sie von den Gemeinden zwei bis 3,50 Euro die Stunde, rund zwei Euro

weniger als von privat zahlenden Eltern. Bei diesem geringen Einkommen müssten sie zwar auch bei einer Besteuerung nur relativ wenig an die Finanzämter abführen – sie müssten sich aber künftig als Selbständige selbst kranken-, pflege- und rentenversichern.

Den Beruf aufwerten

Das schmale Einkommen würde so zusammenschmelzen, dass der Job kaum noch attraktiv wäre. Damit jedoch geriete das Ziel, bis 2013 ein ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren zu schaffen, in Gefahr. Denn dafür müssten 45 000 zusätzliche Tagesbetreuerinnen gewonnen werden. Die Steuerpläne

des Bundesfinanzministers seien zwar im Prinzip richtig, urteilte deshalb das Familienministerium. Derzeit bedeuteten sie jedoch „ein unglückliches Zusammentreffen“ mit dem Ausbau der Betreuung. Vor der Steuerpflicht müsse der Beruf der Tagesmutter aufgewertet werden. Ähnlich wie zuvor die Jugend- und Sozialminister, plädierten nun auch die Finanzminister für ein einjähriges Aussetzen der Steuerpläne. Während des Moratoriums sollen die Sozialversicherungspflicht und eine Anhebung der Betriebskostenpauschale für Tagesmütter geprüft werden. Der Bundesfinanzminister signalisierte, sich dem Moratorium nicht entgegenzustellen.

Frankfurter Rundschau 7.12.2007